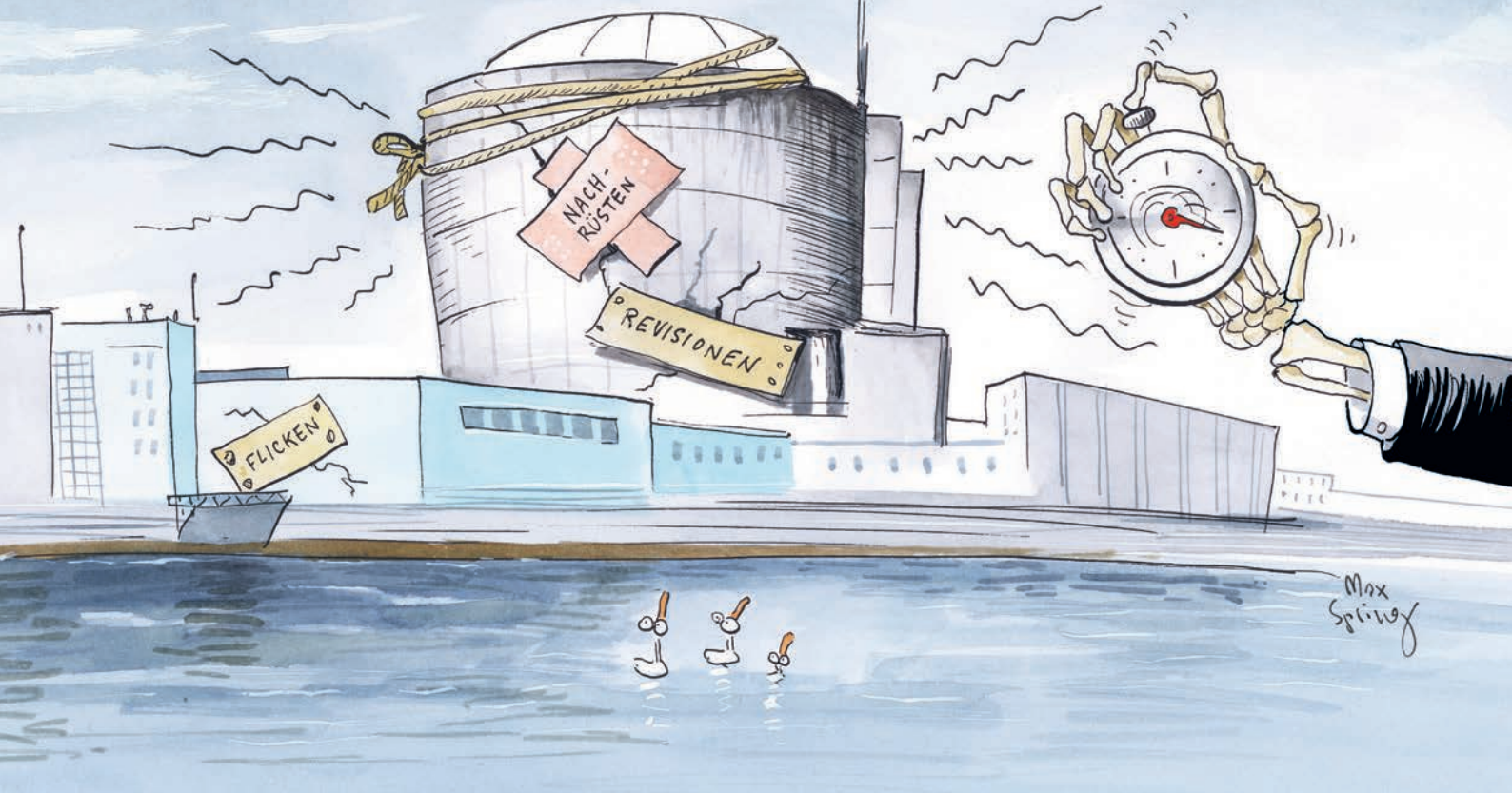


# SOLIDARISCH



**PANNEN UND REVISIONSARBEITEN HÄUFEN SICH, DER BETRIEB WIRD GLEICHZEITIG IMMER UNRENTABLER.** Deshalb gehören insbesondere die Atomkraftwerke Beznau und Mühleberg schnellstmöglich vom Netz genommen.

## AKW Beznau: Die Uhr läuft ab



Max Chopard-Acklin,  
Nationalrat SP,  
Aargau

Beznau I ging vor 46 Jahren ans Netz. Beznau II vor 44 Jahren. Die Werke stammen aus einer Zeit, als wir noch keine Handys hatten und das Telefon mit der Wählscheibe bedient wurde. Trotzdem wird versucht, ihr Ende weiter hinauszuzögern. Das ist eine kurzsichtige Risikostrategie auf Kosten der Sicherheit unserer Bevölkerung sowie der Planungssicherheit für die dringend notwendige Energiewende.

### AKW-Park: Veraltet und überflüssig

Am 17. August 2015 titelte NZZ Online: «Kein Schweizer AKW Strom – Beznau bleibt noch lange ausser Betrieb» und weiter: «Alle Atomkraftwerke sind derzeit wegen Pannen oder Revisionsarbeiten vom Netz. Beim AKW Beznau wird der Normalbetrieb dieses Jahr nicht mehr erreicht.»

Die Schweiz probte also während Tagen unfreiwillig den Atomausstieg. Haben Sie etwas davon bemerkt? Zu dieser Situation kam es in Folge eines Zusammenfallens von geplanten und ungeplanten Stillstandszeiten. Die geplanten auf Grund ordentlicher Revisionen, die ungeplanten infolge ausserordentlicher Reparaturen und unerwarteter Probleme. Dies zeigt vor allem zwei Sachverhalte auf: Der veraltete AKW-Park wird immer teurer und störungsfälliger – es gibt auch noch eine Schweiz nach der Abschaltung der Atomkraftwerke.

### Risiko auf Kosten der Bevölkerung

Beim AKW Beznau verschlingen Unterhalt und Nachrüstungen mittlerweile hunderte Millionen Franken. Kann das noch rentieren? Die Einsprache von AKW-

Betreibern gegen eine Verordnung des Bundesrates, die einen zusätzlichen Sicherheitszuschlag von 30 % in den Stilllegungs- und Entsorgungsfonds verlangt, lässt zumindest finanzielle Engpässe vermuten. Das AKW Beznau wurde auch nicht für eine derart lange Betriebszeit und schon gar nicht für eine unbefristete Laufzeit gebaut. Bekannte Fakten machen deutlich, dass die Uhr für das AKW Beznau abläuft:

■ Seit 2009 sind Korrosionsschäden an der äusseren Reaktorhülle – dem «Containment» (Stahl-druckschale) – bekannt.

■ Bei einer Untersuchung im Juli wurden «Unregelmässigkeiten» in den Stahlwänden des Reaktor-druckbehälters von Beznau I festgestellt. Als Folge davon ordnete das ENSI eine Untersuchung auch von Beznau II an.

■ Die Konstruktionsunterlagen des Reaktor-druckbehälters von Beznau I sind nicht komplett. Wichtige Dokumente fehlen, was

es erschwert, den Schäden an den Wänden des Reaktor-druckbehälters auf den Grund zu gehen.

■ Trotz Revisionen und Nachrüstung: Nichts wird im Alter jünger, auch nicht ein Atomkraftwerk. Der Materialverschleiss, die Ermüdung und die Versprödung nehmen zu. Damit erhöht sich im ältesten AKW der Welt das Störfall-Risiko.

Im Zweifelsfall muss immer die Sicherheit vorgehen. Dies umso mehr, als dass das AKW Beznau in einem dicht besiedelten Gebiet steht. Das AKW Beznau unbefristet weiterlaufen zu lassen, ist eine Hochrisikostrategie auf Kosten der Bevölkerung.

#### Risiko auf Kosten der Planungssicherheit

Mit dem ersten Paket der Energiestrategie 2050 haben Bundesrat und Parlament einige wichtige Pflöcke in Richtung Energiewende eingeschlagen. Doch eine vernünftige Gestaltung des schritt-

weisen Atomausstieges wurde verpasst. Das ist nicht nur aus sicherheitstechnischen Überlegungen falsch, es ist auch aus planerischer Sicht ein Fehler. Ein klar terminierter schrittweiser Atomausstieg brächte allen einen Vorteil: Der Politik, der Wirtschaft, den Investoren, den Energieversorgern, den Kunden und den Atomkraftwerkbetreibern selbst. Alle wüssten dann, wann die Reise wohin geht, und könnten sich entsprechend darauf einstellen. Dies würde mehr Planungssicherheit für künftige Investitionen in erneuerbare Energien und Effizienzmassnahmen schaffen. Auch die Kalkulierung und Finanzierung der milliardenschweren Stilllegungs- und Entsorgungskosten würde berechenbarer.

#### Stromschwemme statt Stromlücke

Die Alt-Atomkraftwerke Beznau und Mühleberg gehören mög-

lichst bald stillgelegt. Es braucht sie heute auch aus versorgungstechnischer Sicht nicht mehr. Die noch vor drei Jahren angekündigte Stromlücke ist nicht eingetroffen. Im Gegenteil: Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist voran gekommen und die Fortschritte im Bereich der Energieeffizienz beginnen im In- und Ausland zu greifen. Auf dem europäischen Markt herrscht ein Stromüberangebot. Dazu tragen auch Beznau und Mühleberg bei, was wiederum unsere erneuerbare einheimische Wasserkraft unter Druck setzt.

Die einzig denkbare Energie-zukunft der Schweiz liegt bei Investitionen in die Energieeffizienz und der besseren Nutzung einheimischer erneuerbarer Energien wie der aus Sonne, Wind, Wasser und Biomasse. Das schafft nachhaltige Arbeitsplätze und hinterlässt kommenden Generationen keine Hochrisikoabfälle.

## Das ENSI spielt Blinde Kuh – und die Scheinpatrioten schauen zu



Rudolf Rechsteiner, alt Nationalrat SP, Vizepräsident Trinationaler Atomschutzverband (TRAS), Basel-Stadt

In den Eingeweiden der alten Atomkraftwerke ruht ein radioaktives Inventar von umgerechnet mehreren tausend Atombomben. Alle vertrauen darauf, dass das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (ENSI) die AKW-Betreiber kontrolliert. Doch wer das glaubt, täuscht sich.

Bei einem Besuch in Stuttgart erfuhr die Delegation des Trinationalen Atomschutzverbandes (TRAS) aus Basel, dem Elsass und Freiburg, dass das ENSI im Umgang mit Erdbebenrisiken konsequent die «good practice» vernachlässigt. Entsprechende Informationen lieferten nicht etwa grüne Extremisten, sondern die

behäbigen Beamten der Atomaufsicht von Baden-Württemberg, die sich regelmässig mit den «Schweizer Kollegen» austauschen.

TRAS sammelte Geld, veranlasste eine Analyse des Berner Atomexperten Markus Kühni und reichte im August Klage gegen Beznau ein. Inhalt:

■ Das ENSI verletzt das Strahlenschutzgesetz. Die gesetzliche Maximaldosis bei Unfällen und Erdbeben von 1 Millisievert wird um das 78-fache überschritten. Das geht aus den ENSI-eigenen Akten schwarz auf weiss hervor.

■ Das ENSI macht systematisch falsche Dosisberechnungen. Es legt der Dosis bei Unfällen bloss die Expositionszeit von einem Jahr zugrunde. Dies widerspricht dem Gesetz, aber auch dem realen Schutz der Bevölkerung. Die besonders heimtückische Aufnahme von Radioaktivität im menschlichen Körper (Cäsium, Strontium), mit Halbwertszeiten

von 30 Jahren wird vom ENSI gar nicht erst erfasst.

Schon heute ist sicher: TRAS wird die Beschwerde bis vor Bundesgericht ziehen, denn das ENSI hat offensichtlich nicht vor, sich gesetzeskonform zu verhalten und Beznau zu schliessen. Und wir wissen inzwischen auch: Die Chefs im ENSI verzögern mit taktischen Mätzchen jede Klage um Jahre, so geschehen in Mühleberg, wo es bis vor Bundesgericht (inhaltlich vergeblich) die Klageberechtigung der Anwohner bestritt.

Im ENSI ist Dienstverweigerung und Verzögerung bei Beschwerden von Anwohnern oberste Beamtenpflicht. Das ENSI rechnet jedes AKW schön und wenn einer der Atommeiler dem Gesetz nicht genügt, werden einfach immer weitere «Studien» veranlasst. Auch so vergeht die Zeit.

In der Schweiz bestimmen allein die Betreiber und nicht die

Aufsicht, ob und wie lange ein Atomkraftwerk laufen darf oder soll. Das ENSI tut nur so, als ob es etwas täte. In Wirklichkeit steckt es mit den Betreibern unter einer Decke und spielt Blinde Kuh.

Dass das Parlament oder der Bundesrat ihre Aufsicht über das ENSI wahrnehmen, lässt sich bisher auch nicht feststellen. Und dafür gibt es Gründe. Die Ober-Patrioten aus FDP und SVP, die gerne von sich behaupten, sie agierten «aus Liebe zur Schweiz», erhalten von der Atomlobby seit Jahrzehnten Parteispenden. Es sind Schein-Patrioten.

Das Bundesgericht bleibt die letzte Instanz, die das Unrecht korrigieren kann. Ich hoffe, dies geschieht, bevor ein Atomunfall uns vor vollendete Tatsachen stellt.

Wohin zügeln Sie in einem solchen Fall? Schon mal darüber nachgedacht, wie es ist, wenn man selber Flüchtling wird?



**EIN ZWEITER GOTTHARD-STRASSENTUNNEL FÜHRT ZU MEHRVERKEHR UND DAMIT EINER VERRINGERTEN LEBENSQUALITÄT IN DEN BETROFFENEN GEBIETEN.** Für die Anbindung des Tessins während den Sanierungsarbeiten ist ein solcher aber gar nicht nötig – dank des neuen Basistunnels.

# Eine zweite Gotthardröhre wird schweizerische Verkehrspolitik



Marina Carobbio, Vizepräsidentin Alpen-Initiative, Nationalrätin SP, Tessin

Wer glaubt, dass der Kanton Tessin geschlossen für den Bau einer zweiten Röhre am Gotthard sei, fällt einer gezielten propagandistischen Fehlinformation des Tessiner Politestablishments in Bundesbern zum Opfer. Es sind einzelne Politiker, handfeste Interessenvertreter der Strassenlobby, welche die zweite Röhre wollen, nicht aber die Bevölkerung: Diese hat sich gleich in zwei Volksabstimmungen klar dagegen ausgesprochen!

## Tessin wird auch ohne zweite Röhre nicht isoliert

Die aktuelle Auseinandersetzung mit dem Thema findet vor einem

schwierigen Hintergrund statt: Im Hinblick auf die Sanierung des Tunnels, welche – so die latente Drohung – zu einer dreijährigen Sperre führen soll, fürchtet die Tessiner Bevölkerung vom Rest des Landes abgeschnitten zu werden. Noch mehr als das fürchtet sie aber die Zunahme des Transitverkehrs und die daraus folgende Verschlechterung der Lebensqualität, falls eine zweite Tunnelröhre gebaut würde.

Die Alpeninitiative und eine schweizweit aktive, breite «Koalition für eine nachhaltige und zuverlässige Süd-Nord-Verbindung» haben sich intensiv mit der Schliessung des Tunnels auseinandergesetzt. Die dreijährige Isolation kann mit einer intelligenten Planung und entsprechenden Begleitmassnahmen umgangen werden: Einerseits müssen die Arbeiten auf die verkehrsarmen Wintermonate verlegt werden und andererseits muss ein effizien-

tes Verladeangebot für Fahrzeuge in Form einer rollenden Landstrasse bereitgestellt werden. Dank diesen Massnahmen und der in einem Jahr geplanten Inbetriebnahme des Gotthard-Basistunnels wird der Kanton Tessin ohne Unterbrechung gut erreichbar bleiben – sofern der politische Wille da ist!

## Verfassungsauftrag endlich umsetzen

Zu demselben Schluss ist auch eine unabhängige Gruppe von Eisenbahnfachleuten gekommen: Es gibt Alternativen zum zweiten Autobahntunnel und diese würden noch kostengünstiger, wenn das vom Volk mehrfach beschlossene und verfassungsmässig verankerte Ziel der Verlagerung des Schwerverkehrs auf die Schiene endlich umgesetzt würde.

Eine zweite Gotthardröhre hingegen würde nicht nur den bereits schwer vom Verkehr geplag-

ten Kanton Tessin vollends zu einem Durchfahrtskanton degradieren, sondern auch den Erfolg der schweizerischen Verkehrspolitik sabotieren. Die Verlagerung des Schwerverkehrs von der Strasse auf die Schiene würde unterlaufen und die Rentabilität der Bahninfrastrukturen gefährdet.

Statt der Strassenlobby nachzugeben und die Ziele der Verlagerungspolitik zu opfern, müssen wir gemeinsam Druck auf die Politik in Bern machen, damit sie endlich tut, wofür sich das Volk mehrfach entschieden hat: weniger Lastwagen und bessere Bahnverbindungen!

## Mehrverkehr verringert Lebensqualität

Das Versprechen der Tunnellobby, man werde eine zweite Röhre «ohne Kapazitätserweiterung» bauen, ist im besten Fall ein billiger Trick, um eine unangenehme Volksbefragung zu um-



Kein neuer Pakt mit dem Teufel: Mitglieder der Alpeninitiative protestieren gegen einen zweiten Autobahntunnel.

Im Basistunnel ist die Bahntechnik inzwischen eingebaut. Die Inbetriebnahme ist auf Dezember 2016 geplant.

Blechlawine in Richtung Gotthard. Eine zweite Autobahn­röhre würde das Verkehrsaufkommen nochmals deutlich erhöhen.



# ...d die ...ik sabotieren

gehen. Mit einer zweiten Röhre drohen massiver Mehrverkehr, vor allem mehr Lastwagen aus der Schweiz und ganz Europa, mehr Lärm und eine gravierende Beeinträchtigung der Lebensqualität. Die Staus würden vom Gotthardtunnelportal an andere Stellen, so beispielsweise nach Chiasso, verlagert, was dort zu noch schlechterer Luftqualität führen würde. Es ist immer wieder wichtig, daran zu erinnern, dass durch Luftverschmutzung bedingte Krankheiten im südlichen Tessin bereits jetzt sehr häufig sind und dass an vielen warmen, sonnigen Sommertagen den Familien offiziell davon abgeraten wird, ihre Kinder im Freien spielen zu lassen.

Die Zuverlässigkeit der Nord-Süd-Verbindung wird durch die Verlagerung der Fahrzeuge und Lastwagen auf die Schiene garantiert. Weniger Fahrzeuge auf der Strasse bedeuten weniger

Verkehrsunfälle, Fahrzeugbrände und Verkehrsstaus.

Das Tessin darf nicht von der übrigen Schweiz abgeschnitten werden und es wird auch nicht so weit kommen: Die Lösungen sind auf dem Tisch. Die Eröffnung des Gotthardbasistunnels wird die Bahn schnell und attraktiv machen, der öffentliche Verkehr muss dementsprechend ausgebaut werden. Dies dient auch dem Tourismus, welcher nicht so sehr vom Asphalt, sondern vielmehr vom Erholungswert einer Gegend und von ihrer landschaftlichen und kulturellen Attraktivität lebt.

Deshalb: Nein zur zweiten Röhre, als Zeichen der Solidarität mit den nächsten Generationen!

## Information aus erster Hand

Mit diesem Spendenmagazin informiert die SP Schweiz ihre Gönnerinnen und Gönner aus erster Hand über aktuelle politische Entwicklungen. SP-Mitglieder aus dem National- und Ständerat berichten über ihre Fachgebiete in der Sozialpolitik, im Umweltschutz oder bei der Umsetzung der Energiewende. Wir haben die beiden bisherigen Publikationen «sonnenklar» und die «News des Komitees für eine sichere Altersvorsorge» zum neuen Spendenmagazin «solidarisch» zusammengeführt. Mit «solidarisch» können wir Sie rascher und umfassender über unsere politische Arbeit informieren.

Unser Einsatz für die sozialdemokratischen Ziele kann dank Ihrer Unterstützung fortgesetzt und verstärkt werden. Wenn Sie «solidarisch» regelmässig, ohne Verpflichtung, erhalten möchten, senden Sie bitte Ihre Postanschrift an:

[solidarisch@spschweiz.ch](mailto:solidarisch@spschweiz.ch)

Mit bestem Dank  
SP Schweiz

# UN CLIMATE CHANGE CONFERENCE LIMA COP20 | CMP 10



**DIESEN DEZEMBER FINDET IN PARIS DIE 21. UN-KLIMAKONFERENZ STATT.** An dieser Konferenz soll als Nachfolgeregelung zum Kyoto-Protokoll eine neue internationale Klimaschutz-Vereinbarung verabschiedet werden.

## Die Welt braucht ein ambitiöses Abkommen



Roger Nordmann,  
Nationalrat SP,  
Waadt

Die wissenschaftlichen Vorhersagen der zwischenstaatlichen Expertengruppe zum Klimawandel (IPCC) werden zunehmend präziser und beunruhigender. Wenn die aktuelle Tendenz keine klare Wende erfährt, wird die globale Durchschnittstemperatur bis im Jahr 2100 um mindestens 4° C und der Meeresspiegel um einen Meter ansteigen. Für Hunderte Millionen Menschen bedeutet ein solches Szenario den Verlust der Existenzgrundlage: überflutete Deltas, Ausbreitung der Wüsten, Versauerung der Meere usw.

### Grosses Engagement von Frankreich

Im Dezember tagt in Paris die 21. internationale Klimakonferenz, bei der es darum geht, ein weltweites Abkommen zum Kampf gegen die Klimaerwärmung in der Periode von 2020 bis

2030 aufzugleisen. Viele Regierungen erkennen mehr und mehr den Ernst der Lage. Insofern ist die Ausgangslage eher günstiger als bei früheren Konferenzen. Zudem setzt die französische Regierung alles daran, das Treffen zum Erfolg zu machen; sowohl Präsident François Hollande als auch die Kabinettsmitglieder Laurent Fabius und Ségolène Royal engagieren sich sehr stark.

Ein internationales Abkommen ist als Rahmen fürs politische Handeln auf nationaler Ebene absolut unentbehrlich, weil sich sonst die Behörden mit Verweis auf die fehlende internationale Koordination unschwer um ihre Verantwortung herumdrücken können. Eigentlich müsste es ja einleuchten: Selbst die grössten Staaten wie China oder die USA können, je für sich betrachtet, nicht als Hauptschuldige an den klimaschädlichen Emissionen abgestempelt werden. Deren Eindämmung durch einzelne Staaten löst das Problem der Klimaerwärmung immer nur ein Stück weit.

### Schweizer Ziele wenig ehrgeizig

Diese Feststellung wird in der

Schweiz von den Gegnern einer wirksamen Klimapolitik manchmal missbraucht. Grob simplifizierend ist da die Rede davon, dass *«die Schweiz nur für ein Tausendstel der weltweiten Klimagasemissionen verantwortlich ist und ihr Einfluss damit gleich null»*. Dabei wirkt ein energischer Einsatz der hochentwickelten Staaten im Kampf gegen den Klimawandel mindestens in dreierlei Hinsicht positiv:

- als Beweis für die aufstrebenden Wirtschaftsnationen, dass die am weitesten entwickelten Länder in der Verringerung des Konsums fossiler Energien ein probates Mittel sehen, ihre ökonomische Effizienz zu steigern;
- als Beweis ihrer Glaubwürdigkeit, was den Abschluss eines internationalen Abkommens begünstigt;
- als Mittel zur Stimulierung des technologischen Fortschritts, dank welchem Emissionsreduktionsziele in Griffweite rücken können, die früher unerreichbar schienen.

Die Schweiz steht stark hinter einem Abkommen dieser Art. Im Hinblick auf Paris hat sie sogar

als erstes Land nationale Verpflichtungsziele formuliert. Der Schweizer Vorschlag ist indessen nur vordergründig ehrgeizig: Von der 50-prozentigen Emissionsreduktion gegenüber dem Niveau von 1990 sollen zwei Fünftel im Ausland stattfinden, durch den Zukauf von Emissionszertifikaten. Hier ist daran zu erinnern, dass dieser Mechanismus, der dem mittelalterlichen Ablasshandel ähnelt, auf Betreiben der USA im Kyoto-Protokoll eingeführt worden war, um dieses zu sabotieren (die USA haben es dann auch nie ratifiziert). Wer genau hinschaut, sieht, dass die Emissionssenkung, zu der die Schweiz Hand geboten hat – minus 30 % im Vergleich zu 1990 –, in Tat und Wahrheit lediglich die Energiestrategie 2050 abbildet, kein bisschen mehr.

Was uns unsanft auf die schweizerische Innenpolitik zurückwirft: Wir müssen nicht nur die Energiestrategie 2050 des Bundesrats durchbringen, sondern auch deren Klimaschutzaspekten mehr Gewicht verleihen. Erste Voraussetzung dafür ist, die Wahlen siegreich zu gestalten.

**ATOMKRAFTWERKE SIND NICHT NUR ÖKOLOGISCH BRANDGEFÄHRLICH.** Sie sind inzwischen auch volkswirtschaftlich eine Zeitbombe.

# Das doppelte Risiko



Beat Jans,  
Nationalrat SP,  
Basel-Stadt

Jahrelang wiesen wir auf die Risiken der Atomkraftwerke hin. Vergeblich. Nach 40 Jahren laufen sie immer noch und die Mängel-listen werden immer länger. Was viele aber nicht wissen: Die AKWs werden auch finanziell zu einer wachsenden Hypothek. Sie fahren inzwischen Verluste ein. Und dies, obwohl sie grosse Schulden haben. Auch aus volkswirtschaftlicher Sicht drängt sich eine rasche Schliessung der Werke auf.

## Marktpreise können Kosten nicht mehr decken

Die Preise auf dem europäischen Strommarkt sind eingebrochen und werden sich in nächster Zeit nicht erholen. Dies zeigt sich in den Lieferverträgen (Futures), die für Bandenergie im Jahr 2021 auf einem Niveau von 3,3 Rp./kWh abgeschlossen werden.

In den Geschäftsberichten weisen die Betreiber variable Kosten von 3,7 Rp./kWh (Leibstadt) und 4,2 Rp./kWh (Gösgen) aus. Zu Beznau gibt es keine öffentlichen Zahlen. Die Kosten dürften dort aber mit schätzungsweise 6 Rp./kWh deutlich höher liegen. Jedenfalls decken die Marktpreise aller Schweizer AKWs nicht einmal die Kosten für den Betrieb, geschweige denn die Refinanzierung der Investitionen.

Die Betreiber der AKWs hoffen auf bessere Strompreise, wenn

Deutschland, wie angekündigt, seine letzten acht Atomkraftwerke schliessen und ein höherer CO<sub>2</sub>-Preis die europäischen Kohlekraftwerke unrentabel machen sollte. Das wird den Schweizer AKW-Betreibern aber kaum helfen. Denn auf dem europäischen Strommarkt herrschen heute riesige Überkapazitäten, die etwa 100 Atomkraftwerken entsprechen. Trotzdem treibt die EU den Zubau von Wind und Solaranlagen rasch voran. Sie hat ehrgeizige Ausbauziele beschlossen, die sie nur erreicht, wenn sie die Leistung der Solar- und Windkraftwerke in den nächsten 15 Jahren von 483 TWh auf über 1500 TWh mehr als verdreifacht. Damit nehmen auch die «Gratisstromperioden» zu. Die herrschen dann, wenn zu viel Strom aus Sonne und Wind im Netz ist und somit für Stromverkäufer kein Preis mehr erzielt werden kann. Diese Gratisstromstunden werden von heute ca. 100 bis 2035 auf etwa 3000 Jahresstunden ansteigen. Damit bricht den AKW während einem Drittel des Jahres die Einnahmequelle weg.

## Geld für Rückbau und Entsorgung fehlt

So entstehen jedes Jahr Verluste, die hunderte Millionen Schweizerfranken betragen. Diese Verluste werden in Beznau schon nach 6 Jahren die aktuellen Werte der Anlagen übersteigen. In Gösgen und Leibstadt wird dies in etwa 10 Jahren der Fall sein.

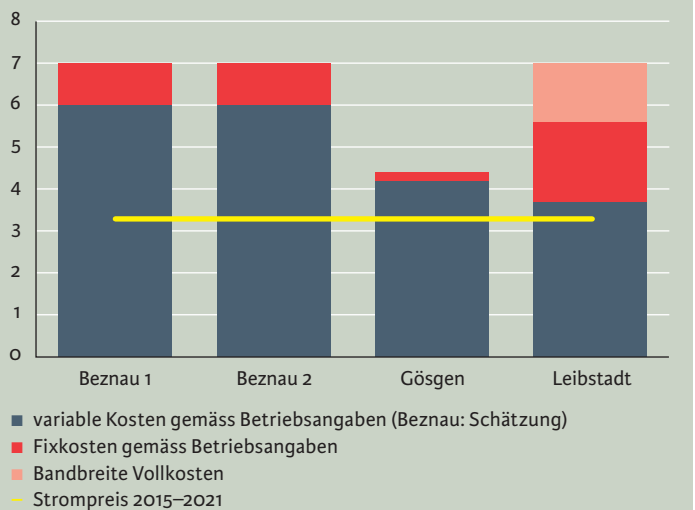
Solange aber nicht einmal die Deckungsbeiträge erwirtschaftet werden, summieren sich die Verluste. Damit wächst die Gefahr,

dass die Betreibergesellschaften Konkurs gehen und den Rückbau und die Entsorgung der radioaktiven Anlagen nicht mehr bezahlen können. Diese Arbeiten kosten rund 20 Mia. Franken. Es ist aber erst etwa die Hälfte dieses Geldes in den dafür vorgesehenen Finan-

zierungsfonds. Die Laufzeit der AKW muss deshalb zwingend befristet werden und der Bundesrat muss aufzeigen, wie Entsorgung und Rückbau im Konkursfall abgewickelt und finanziert werden könnten.

## GESTEHUNGSKOSTEN

in Rappen/kWh gemäss Angaben Jahresberichte der Betreiber.



Quellen: Stromgestehungskosten der CH-Atomkraftwerke gemäss Jahresberichten und Schätzungen und Strompreise gemäss EEX

## FEHLBETRÄGE DER VERSCHIEDENEN AKWs

in Mio. CHF	Fehlbetrag über 5 Jahre	Fehlbetrag über 10 Jahre	Fehlbetrag über 15 Jahre	Netto-Sachwert 2014
Beznau 1	-737	-1 485	-2 244	500
Beznau 2	-683	-1 195	-1 809	500
Gösgen	-972	-1 452	-2 224	1 149
Leibstadt	-1 681	-2 780	-4 224	1 895
<b>Total</b>	<b>-4 072</b>	<b>-6 912</b>	<b>-10 501</b>	<b>4 044</b>

Schätzung der Bilanz-Fehlbeträge der schweizerischen Atomkraftwerke (Termin-Strompreis abzüglich Vollkosten) bei einem Weiterbetrieb über 5, 10 oder 15 Jahre verglichen mit dem Wert der Anlagen.